



## Bürgerlich Demokratische Partei (BDP)

Die Bürgerlich Demokratische Partei (BDP) der Schweiz wurde am 1. November 2008 gegründet. Der Gründung voraus gegangen war ein heftiger Streit innerhalb der Schweizerischen Volkspartei (SVP) über die Abwahl von Christoph Blocher als Bundesrat und der Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf in den Bundesrat. Der überwiegende Teil der SVP war der Meinung, dass die Abwahl von Christoph Blocher durch die SVP nur mit dem Gang in die Opposition zu beantworten sei. Entsprechend wurde scharf kritisiert, dass Eveline Widmer-Schlumpf und auch Samuel Schmid entgegen des Entscheids der SVP die Wahl in den Bundesrat angenommen haben und beide wurden aus der SVP ausgeschlossen. Daraufhin zeigten sich grosse Teile der kantonalen SVP-Sektionen Bern und Graubünden mit ihren beiden Bundesräten solidarisch, spalteten sich von der SVP ab und gründeten die ersten beiden kantonalen BDP-Sektionen.

Der SVP-interne Streit nach der Abwahl Christoph Blochers war jedoch nur der Auslöser der Gründung der BDP. Bereits seit mehreren Jahren war es innerhalb der SVP immer wieder zu grösseren Meinungsdivergenzen gekommen. Die SVP hatte unter der Führung von Christoph Blocher seit Anfang der 1990er Jahre einen Wahlerfolg nach dem anderen erzielt. In den letzten 20 Jahren ist die SVP aber nicht nur gewachsen, sie hat sich auch inhaltlich und vom Stil her verändert. Politisch positionierte sie sich immer stärker als klar rechts-konservative Partei und parteiintern abweichende Meinungen – vor allem in den Kerngebieten der Aussen- und Migrationspolitik – wurde je länger je weniger toleriert. Auch vom Stil her radikalisiert sich die SVP immer stärker. In einigen kantonalen Sektionen – allen voran in den Kantonen Graubünden und Bern – stiess diese inhaltliche und stilmässige Radikalisierung auf Ablehnung. So gesehen war es bloss eine Frage der Zeit bis sich die gemässigten Sektionen und Mitglieder von der SVP abgespalteten und mit der BDP eine neue Partei gründeten.

Die BDP positioniert sich als rechts-bürgerliche Partei der Mitte, wobei sie betont, dass sie sich vor allem durch ihren Politikstil und ihre Kompromissbereitschaft von der SVP unterscheidet.

Bei den Nationalratswahlen 2007 existierte die BDP noch gar nicht, aber insgesamt sind fünf National- und Ständeräte von der SVP zur BDP gewechselt und 2009 gelang es der BDP im Kanton Glarus die Ersatzwahl für den zurückgetretenen SP-Nationalrat Werner Marti zu gewinnen, so dass die BDP Fraktion aus sechs Parlamentariern aus den Kantonen Bern, Graubünden und Glarus besteht. Diese drei Kantone stellen auch die Hochburgen der BDP dar, auch wenn sie über Sektionen in anderen Kantonen verfügt, so gelang ihr in diesen noch kein vergleichbarer Wahlerfolg.

© 2010

smartvote-Parteienkompass [www.parteienkompass.ch](http://www.parteienkompass.ch)

h.e.p. verlag ag, Bern

Politools – Political Research Network, Bern



## Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)

Die *Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)* wurde 1912 als gesamtschweizerische Partei gegründet, damals noch unter der Bezeichnung *Schweizerische Konservative Volkspartei*. 1957 benannte sie sich in *Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei* um. Seit 1970 trägt sie ihren heutigen Namen.

Im 19. Jahrhundert standen die Konservativen dem von der liberalen Bewegung propagierten Bundesstaat ablehnend gegenüber. Die Konservativen hatten ihre Hochburgen vor allem in den Kantonen der Innerschweiz sowie im Jura und generell in den katholischen Gebieten, weshalb man auch von den katholisch-konservativen «Stammlanden» spricht. Die Konservativen bevorzugten anstelle eines Bundesstaates einen eher lockeren Staatenbund und wollten an der Vorherrschaft der Kirche – nicht zuletzt im Bildungsbereich – und an den althergebrachten starren Gesellschaftsstrukturen und Werten festhalten. In der Zeit nach der Gründung des Bundesstaates – während des so genannten Kulturkampfes – standen die Konservativen für einen gut ausgebauten Föderalismus mit einer möglichst schwachen und nur mit wenigen Befugnissen ausgestatteten Zentralregierung ein. Ab den 1880er-Jahren nahm die Intensität des Kulturkampfes spürbar ab, und die Konservativen wurden zunehmend in den neuen Bundesstaat integriert. Als Folge davon wurde schliesslich 1891 der erste Konservative in den Bundesrat gewählt.

Mitte der 1960er-Jahre setzte bei der CVP ein Rückgang des Wählerstimmenanteils ein, der bis heute andauert. Inhaltlich ist die CVP heute der christlichen Soziallehre und der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet und befürwortet durchaus auch staatliche Eingriffe zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder der Landwirtschaft. In ethischen und gesellschaftlichen Fragen vertritt die Partei mehrheitlich eine eher konservative Position und steht z. B. für die traditionelle Familienform ein. Als «Stolperstein» für die CVP erwies sich ihre zu Beginn der 1990er-Jahre offene Haltung in aussenpolitischen Fragen (z.B. EWR- und UNO-Beitritt). Diese Haltung wurde von der Wählerschaft in ihren Innerschweizer Stammlanden nicht geteilt, was die CVP deutlich Wählerstimmen gekostet hat. Im Gegenzug hat dies der SVP ermöglicht, in die traditionell CVP wählenden Gebiete vorzudringen.

Ähnlich wie die FDP zeichnet sich die CVP durch eine grosse parteiinterne Meinungsvielfalt aus, was eine klare politische Positionierung und Profilierung wenn nicht ganz verhindert, so doch massiv erschwert. Das «C» bzw. die christliche Komponente erfüllt zwar eine Art Klammerfunktion und hält die Partei trotz der grossen Meinungsvielfalt zusammen. Andererseits stellt dies aber gerade auch das Grundproblem der CVP dar, indem sie trotz konfessioneller Öffnung nach wie vor oft als Partei der Katholiken wahrgenommen wird. Dies stellt in einer Zeit, in der die Bindungen der Bevölkerung an die Kirche deutlich schwächer werden, ein grosses Problem dar. Entsprechend versucht sich die Partei in den letzten Jahren denn auch als Partei der «dynamischen Mitte» oder als Partei des «modernen Zentrums» zu positionieren, den Wählern und Wählerinnen in städtischen Gebieten und Agglomerationen allerdings mehr behagen dürfte als den konservativen Stammwählerinnen und -wählern.

© 2010

smartvote-Parteienkompass [www.parteienkompass.ch](http://www.parteienkompass.ch)

h.e.p. verlag ag, Bern

Politools – Political Research Network, Bern



## Evangelische Volkspartei (EVP)

Die *Evangelische Volkspartei* (EVP) wurde 1919 als gesamtschweizerische Partei gegründet, nachdem bereits zuvor in den Jahren 1917 und 1918 Kantonalparteien in Zürich und Bern entstanden waren.

Die EVP wurde in einer Zeit, als die Unterschiede zwischen der protestantischen und katholischen Glaubensrichtung noch eine hohe Bedeutung hatten, gewissermassen als protestantisches Gegenstück zur katholisch-konservativen CVP gegründet. Im Unterschied zur CVP gelang es der EVP jedoch nie, die Anliegen breiter konservativer Bevölkerungsschichten zu vertreten. Sie bleibt bis heute eine auf einige wenige Deutschschweizer Kantone konzentrierte, christliche Wertepartei (Bern, Zürich, Aargau, Basel-Land, Basel-Stadt sowie Thurgau). Ihre gesamtschweizerische Bedeutung ist eher gering.

Inhaltlich vertritt die Partei ein mehrheitlich sozial-konservatives Profil, welches aus Antrieb der Bewahrung der Schöpfung oft auch „grüne“ umweltpolitische Anliegen aufnimmt und unterstützt. Gesellschaftlich konservativ ist die EVP z.B. in ihrer Ablehnung des Schwangerschaftsabbruchs sowie von eingetragenen Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare. Das soziale Profil entsteht durch ihr Engagement für einen starken Sozialstaat sowie für den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wie die CVP verfügt allerdings auch die EVP über eine relativ grosse innerparteiliche Meinungsvielfalt, insbesondere was wirtschafts- und aussenpolitischen Ansichten betrifft.

© 2010

smartvote-Parteienkompass [www.parteienkompass.ch](http://www.parteienkompass.ch)

h.e.p. verlag ag, Bern

Politools – Political Research Network, Bern



## Freisinnig-Demokratische Partei – Die Liberalen (FDP.Die Liberalen)

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts standen sich in der Schweiz hauptsächlich zwei politische Gruppen gegenüber. Auf der einen Seite die radikal-liberale Bewegung, die – inspiriert durch die Aufklärung und die französische Revolution – für die Bürger mehr politische Rechte und Freiheiten – wie die Presse- und Meinungsfreiheit oder die Handels- und Gewerbefreiheit – und einen starken, zentralisierten Bundesstaat forderte. Auf der anderen Seite die konservative Bewegung, die wieder zur «alten Eidgenossenschaft» von vor 1798 zurückkehren wollte (vgl. CVP-Porträt). Mit der Gründung des modernen Bundesstaates von 1848 konnte sich die liberale Bewegung durchsetzen.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dominierte die liberale Bewegung (d. h. die Freisinnigen) die Politik im neuen Bundesstaat. Bei der liberalen Bewegung handelte es sich aber nicht um eine geschlossen auftretende Partei, sondern vielmehr um ein Sammelbecken verschiedenster Gruppierungen, politischer Vereine und kantonaler Parteien. Die beiden wichtigsten Strömungen waren die «Radikalen» und die «Liberalen». Die *Radikalen* standen am linken Rand der liberalen Bewegung und traten für ein möglichst ausgedehntes Wahlrecht und den Ausbau der direkten Demokratie sowie für gleiche Bildungschancen für alle und die Einrichtung eines Sozialstaats ein. Die Vertreter der Industrie und des Handels (Arbeitgeber) stellten den grössten Teil der *Liberalen*. Auch sie standen für mehr Demokratie ein, traten aber im Allgemeinen gemässiger auf und waren auch gegenüber den Konservativen kompromissbereiter.

Nach mehreren erfolglosen Anläufen gelang erst 1894 die Gründung einer dauerhaften, gemeinsamen Partei auf nationaler Ebene: der *Freisinnig-Demokratischen Partei* (FDP) Entsprechend ihrer Geschichte versteht sich die FDP auch heute noch als die staatstragende Partei und als Hüterin des liberalen Bundesstaates, auch wenn sie heute längst nicht mehr über die gleiche Wählerstärke wie im ausgehenden 19. Jahrhundert verfügt: Bis 1919 besass die FDP die absolute Mehrheit im Parlament, seither haben sich ihre Stimmanteile laufend verringert.

Heute steht die FDP für ein liberales Menschen- und Gesellschaftsbild ein. Im wirtschaftlichen Bereich möchte sie so wenig staatliche Eingriffe und Vorschriften wie nötig und so viel Markt und Wettbewerb wie möglich. Sie befürwortet niedrigere Steuern und ist gegen einen weiteren Ausbau des Sozialstaates, möchte jedoch ein gut ausgebautes Bildungssystem und eine leistungsfähige Infrastruktur erhalten.

Seit den 1990er-Jahren ist die FDP von zwei Seiten zunehmend unter Druck geraten. Von rechts-konservativer Seite graben ihr die SVP sowie neuerdings die BDP Stimmen ab, und am links-liberalen Rand verliert die FDP Wählerinnen und Wähler zuerst an die SPS, seit einigen Jahren nun zunehmend an die Grünliberalen (GLP). Als (vorübergehende) Lösung bot sich der FDP die Fusion mit der v.a. in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg und Basel-Stadt starken Liberalen Partei (LPS), welche per Anfang 2009 vollzogen wurde. Seither nennt sich die FDP offiziell «FDP.Die Liberalen».

© 2010

smartvote-Parteienkompass [www.parteienkompass.ch](http://www.parteienkompass.ch)

h.e.p. verlag ag, Bern

Politools – Political Research Network, Bern



## Grünliberale Partei (glp)

Die Grünliberale Partei (glp) der Schweiz wurde im Juli 2007 gegründet. Zu Beginn bestand sie lediglich aus zwei kantonalen Sektionen – Zürich und St. Gallen. Rasch folgten jedoch Gründungen weiterer kantonalen Sektionen, so dass die glp heute in 13 Kantonen sowohl in der Deutsch- als auch der Westschweiz vertreten ist.

Entstanden ist die glp als Abspaltung der Grünen Partei der Schweiz (GPS). Innerhalb der GPS hatte es schon immer zwei Flügel gegeben: die radikalen und sich politisch links orientierenden „Fundis“ und die gemässigten und sich an einer mitte-links Position orientierenden „Realos“. Seit Ende der 1990er Jahre haben sich die Grünen verstärkt an linken Positionen der „Fundis“ orientiert (vgl. Geschichte der GPS). Dies führte zu verstärkten parteiinternen Differenzen und schliesslich zur Abspaltung und Gründung der glp. Im Gegensatz zur GPS, die sich als klar linke Partei sieht, versteht sich die glp als Partei der Mitte, die zwar grossen Wert auf den Umweltschutz legt, sich aber vor allem bei Wirtschafts- und Finanzfragen an liberalen Positionen orientiert.

Bei den Wahlen 2007 konnte die glp zwar beachtliche Erfolge verzeichnen, so erzielte sie im drei Sitze im Nationalrat und einen im Ständerat (alle im Kanton Zürich), dennoch konnte sie im Parlament keine eigene Fraktion bilden, dazu wären fünf Sitze notwendig gewesen. Daher hat sie sich gemeinsam mit der EVP der CVP-Fraktion angeschlossen. Allerdings sieht die glp diesen Zusammenschluss im Parlament lediglich als befristete Zweckgemeinschaft und denn auch als Ziel für die Wahlen 2011 das Erreichen von mindestens fünf Sitzen bekannt gegeben, so dass sie eine eigene Fraktion bilden kann.

© 2010

smartvote-Parteienkompass [www.parteienkompass.ch](http://www.parteienkompass.ch)

h.e.p. verlag ag, Bern

Politools – Political Research Network, Bern



## Grüne Partei der Schweiz (GPS)

Anfangs der 1970er Jahre bildeten sich in der Westschweiz (Kantone Neuenburg und Waadt) die ersten Grünen Parteien. Kurz darauf folgten auch die ersten Parteigründungen in der Deutschschweiz (Kantone Bern und Zürich). Oft entstanden die Parteien aus kleinen, lokalen Umweltschutz-Bewegungen heraus, die sich im Kampf gegen geplante Strassenprojekte gebildet hatten. Viele der ersten Mitglieder waren Politikerinnen und Politiker der bereits etablierten Parteien (SP, FDP oder den Liberalen), die mit der Umweltpolitik ihrer bisherigen Parteien nicht zufrieden waren und deshalb in die neuen Parteien wechselten.

Die Grünen Parteien erzielten bei Gemeinde- und Kantonswahlen rasch Erfolge und 1979 wurde im Kanton Waadt der erste Grüne in den Nationalrat gewählt. 1983 wurden dann auch die ersten Grünen Nationalräte aus der Deutschschweiz gewählt. Ebenfalls 1983 versuchte man die vielen kleinen Parteien zu einer gesamtschweizerischen Partei zusammenzuschliessen. Es zeigten sich jedoch zwischen den verschiedenen Parteien und Gruppen grosse politische Unterschiede. Diese liessen sich nicht überbrücken und verhinderten die Gründung einer gesamtschweizerischen Partei. Statt dessen wurden zwei gesamtschweizerische Parteien gegründet: die Föderation der Grünen Parteien der Schweiz (GPS), die sich 1986 in Grüne Partei der Schweiz umbenannte und die als „Realos“ bezeichnet wurden, und die Grüne Alternative Schweiz (GRAS), die später in Grünes Bündnis Schweiz (GBS) umbenannt und als „Fundis“ bezeichnet wurde.

Die Realos waren eher gemässigt, bürgerlichen Werten verpflichtet und wollten Umweltschutz innerhalb der bestehenden Politik bzw. der bestehenden politischen Realitäten besser verankern. Die Fundis hingegen setzten sich oft aus Mitgliedern von links-alternative Gruppen, die aus der 68er-Bewegung hervorgegangen waren, zusammen. Sie vertraten ihre Ziele deutlich fundamentalistischer und verfolgten neben dem Umweltschutz auch verstärkt sozialrevolutionäre Ziele.

Zunächst erzielten beide Parteien bei Nationalratswahlen Erfolge und kamen bei den Wahlen 1991 zusammen auf 15 Sitze. Die 1990er Jahre brachten dann allerdings die ersten Niederlagen. Zum einen verloren die beiden Parteien durch die Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und durch das Referendum gegen die Neue Alpentransversale (NEAT) Wählerinnen und Wähler, die sowohl eine weitere aussenpolitische Öffnung als auch den Umweltschutz befürworteten. Zum anderen hatte die Schweiz bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahren mit einer Wirtschaftskrise zu kämpfen und vor diesem Hintergrund verlor das Thema Umwelt an Bedeutung. Die Folge waren Verluste bei den Nationalratswahlen 1995, wobei die gemässigte GPS deutlich weniger verlor als das links-alternative GBS.

In den folgenden Jahren schlossen sich die Kantonalsektionen des GBS eine nach der anderen der GPS an, so dass es heute nur noch eine gesamtschweizerische Grüne Partei gibt. Die Aufnahme der ehemaligen GBS-Sektionen machte sich in den politischen Positionen der GPS immer stärker bemerkbar. So wurden soziale Themen und typische gewerkschaftliche Themen wie der Ausbau des Sozialstaates verstärkt aufgenommen und generell ein stark links orientierter Kurs verfolgt. Die neue Ausrichtung hatte Erfolg. Auch begünstigt durch das internationale Umfeld (Irak-Krieg, Globalisierung, Klimawandel) gehörte die GPS 2003 und 2007 zu den Wahlsiegern und erzielte 2007 mit 9.8% ihr bestes Ergebnis.

Der ausgeprägt linke Kurs stiess in den letzten Jahren jedoch auch immer wieder auf Widerstand. Als Folge davon kam es immer wieder zu Abspaltungen und Neugründungen von grün-liberalen Gruppierungen, die sich dann 2007 zur Grünliberalen Partei (GLP) zusammengeschlossen haben (=> vgl. [Geschichte zur GLP](#)). So finden sich auch heute wieder die „Realos“ und die „Fundis“ in zwei getrennten Parteien.



## Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) wurde 1888 als erste gesamtschweizerische Partei überhaupt gegründet. Sie richtete sich ganz auf die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus, indem sie sich für bessere Arbeitsbedingungen, die Einrichtung von Sozialeinrichtungen und höhere Löhne einsetzte. Entsprechend arbeitete die SPS eng mit den Gewerkschaften zusammen. Während sie auf politischer Ebene für die Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen zuständig (Parlament und Volksabstimmungen) war, versuchten dies die Gewerkschaften in direkten Verhandlungen mit den Arbeitgebern (Sozialpartnerschaft).

Im Gegensatz zu den anderen Parteien ging die SPS nicht aus einem Zusammenschluss bereits bestehender kantonaler Parteien hervor. Sie wurde von Beginn an als nationale Partei gegründet. Daher sind auch bis heute die Strukturen der SPS stärker vereinheitlicht und auf die nationale Parteizentrale ausgerichtet als bei anderen Parteien.

Ab 1900 war es der SPS gelungen ihre Wählerschaft zu verbreitern. Sie wurde nun nicht mehr nur von der Arbeiterschaft, sondern zunehmend auch von Staatsangestellten gewählt. So konnte sie bis 1917 die Zahl ihrer Nationalratssitzen auf 19 erhöhen. Als 1919 die Proporzwahl für den Nationalrat eingeführt wurde, konnte sie ihre Sitzzahl sogar auf 41 erhöhen.

Bis 1935 orientierte sich das Parteiprogramm stark am Klassenkampf und an den sozialistischen Ideen von Karl Marx. Dennoch lehnte es die SPS 1921 ab, der Kommunistischen Internationalen beizutreten. Dies führte zur Abspaltung des linken Flügels der Partei, der anschliessend die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) gründete. Auch ohne den kommunistischen Flügel war die SPS inzwischen zur stärksten Fraktion im Nationalrat herangewachsen. 1935 gab sie sich ein neues Parteiprogramm, das sich angesichts der sich abzeichnenden aussenpolitischen Bedrohung im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs positiver zur Armee stellte und auch generell weniger marxistisch ausgeprägt war. Nicht zuletzt auf Grund dieser Mässigung wählte das Parlament 1943 den ersten Sozialdemokraten in den Bundesrat. Seit 1959 ist die SPS ständig mit zwei Bundesräten in der Landesregierung vertreten.

Im Lauf der Zeit hat die SPS immer wieder ihre politische Ausrichtung angepasst. Auf das Aufkommen der Grünen ab den 1970er Jahren reagierte sie indem auch sie verstärkt umweltpolitische Anliegen berücksichtigte. Auch orientierte sich die Partei in den 1980er Jahren wieder verstärkt an ihrer armeekritischen Haltung und unterstützte zumindest teilweise die Armeeabschaffungsinitiative von 1989. Ihre vorerst höchsten Wähleranteile erzielte die SPS bei den Nationalratswahlen in den 1990er Jahren. Gründe dafür lagen in der Wirtschaftskrise dieser Jahre sowie in ihrer Position als Gegenpol zur erstarkenden nationl-konservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP). Zudem orientierte sich die SPS in den 1990er Jahren etwas stärker an den politischen Bedürfnissen der links-liberalen Mitte und wurde so auch für neue Wählerschichten in der politischen Mitte interessant. Als Antwort auf die zunehmende Konkurrenz im linken Lager durch die stärker werdenden Grünen hat sich die SPS in den letzten Jahren allerdings wieder den klassischen linken Positionen (z.B. in der Sozia-, Wirtschafts- und Migrationspolitik) zugewandt.

© 2010

smartvote-Parteienkompass ([www.parteienkompass.ch](http://www.parteienkompass.ch))

h.e.p. verlag ag, Bern

Politools, Bern



## Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) wurde 1936 als *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* (BGB) auf gesamtschweizerischer Ebene gegründet. Bereits zuvor waren kantonale Bauernparteien entstanden (z.B. 1917 in Zürich, 1918 in Bern). Seit 1929 war die BGB zudem mit einem Sitz im Bundesrat vertreten. 1971 schlossen sich die *Demokratischen Parteien* der Kantone Glarus und Graubünden der BGB an, und die Partei wurde in *Schweizerische Volkspartei* umbenannt.

Bei der BGB handelt es sich um eine Abspaltung der FDP, da die (wirtschafts-) politischen Gegensätze zwischen den Bauern und kleinen Gewerbetreibenden auf der einen Seite und den Industriellen und Unternehmern auf der anderen Seite zu gross geworden waren. So vertraten viele Bauernpolitiker in gesellschaftlichen Belangen konservative Werte.

Ideologisch war die SVP in den 1970er-Jahren in der Mitte anzusiedeln. Sie positionierte sich als Partei des Mittelstandes, was ihr allerdings keine Erfolge bei Wahlen einbrachte.

In den 1980er-Jahren begann ein parteiinterner Konflikt zwischen der konservativen Zürcher Kantonalpartei (Christoph Blocher) und dem gesellschaftlich weniger konservativ eingestellten Parteiflügel, der vor allem in den Kantonen Bern und Graubünden stark vertreten war. Nicht zuletzt entfachte sich dieser Konflikt an der Aussen- und Europapolitik. Mit dem erfolgreichen SVP-Referendum gegen den EWR-Vertrag 1992 wurde klar, dass der konservative Parteiflügel den Richtungsstreit gewinnen würde. Seither ist die SVP klar als diejenige Partei positioniert, die sich am deutlichsten gegen eine weitere aussenpolitische Öffnung und eine weitere Integration in die EU ausspricht.

Seit den 1990er-Jahren setzt sich die SVP auch pointiert für eine harte Haltung in der Asyl- und Ausländerpolitik, für Recht und Ordnung, für traditionelle Familienformen, für Steuersenkungen sowie weniger staatlichen Eingriffen und Ausgaben ein (mit Ausnahme der Landwirtschaft und Armee). Mit diesen Positionen ist es der SVP gelungen, Stimmen sowohl vom rechten Rand der beiden Mitteparteien CVP und FDP als auch von kleineren Rechtsparteien (*Freiheitspartei*, *Schweizer Demokraten*) zu gewinnen. Geografisch stiess sie erfolgreich in die Innerschweiz sowie in die Romandie vor. Selbst unter den Arbeitern und Angestellten – lange Zeit Stammwähler der SPS – hat die SVP in den letzten Jahren einen starken Zuwachs zu verzeichnen. Im Jahr 2003 wurde der SVP ein zweiter Sitz im Bundesrat zugestanden, wodurch sie innerhalb kurzer Zeit von der kleinsten zur grössten Bundesratspartei avancierte.

Das starke Wachstum hinterliess Spuren. Die straff geführte rechts-konservative Partei tolerierte es immer weniger, wenn Mitglieder offen zu einem weniger konservativen Profil standen. In der Folge kam es 2008 zur Abspaltung der *Bürgerlich-Demokratischen Partei* (BDP), welche v.a. in den Kantonen Bern, Graubünden und Glarus über eine starke Stellung verfügt.

© 2010

smartvote-Parteienkompass [www.parteienkompass.ch](http://www.parteienkompass.ch)

h.e.p. verlag ag, Bern

Politools – Political Research Network, Bern